

Senefelder-Bund.

In Nummer 17 der »Gr. Pr.« vom vorigen Jahre hatten wir uns, auf Anregung der Bielefelder Mitglieder, in breiteren Ausführungen mit der künftigen Gestaltung der Invaliden- und Witwenkasse befasst, in der Erwartung, es möge sich daran eine rege Aussprache über die Lösung dieser Frage anknüpfen.

Wir haben nur noch drei Monate vor uns und die Generalversammlung soll die Frage entgeltlich entscheiden. Indes ist nach dieser Richtung, mit der sich die Abhandlung besonders beschäftigte, die Unterstützungssätze zu revidieren, eine stufenweise Unterstützungsskala einzurichten, kurz, eine Neuordnung der Rentenansprüche vorzunehmen, nur wenig zu Tage getreten. Freilich, sieht man die Sache historisch an, so findet man, dass die Zeit dazu eigentlich schon verpasst ist und wir jetzt nur noch auf das Experimentieren angewiesen sind. Man fürchtet die Missstimmung, welche eine grundsätzliche Abänderung unter den Mitgliedern hervorrufen könnte. Aber geschehen muss etwas.

Vor kurzem ist in Nürnberg, Berlin und Mainz den Mitgliedern auf Grund der bestehenden Tatsachen vorgerechnet worden, dass wir nicht mehr auskommen, ergo die Steuern erhöht werden müssen. Andererseits rechnet man wieder mit der eigentümlichen Möglichkeit, es könnten infolge einer Epidemie einmal alle Invaliden oder ein grosser Teil der Mitglieder sterben und die Kasse hätte dadurch eine gute Ernte, ergo brauchen wir keine Steuererhöhung. Nun, das sind Rechnungen mit unbestimmten Grössen, deren Wert ist = Null. Wahrscheinlich ist aber die Rechnung von Möhring, welcher 20 Pf. Beitragserhöhung für nötig hält, mit der voraussichtlich 5 bis 6 Jahre auszukommen wäre; dann freilich befänden wir uns wieder in derselben Klemme. M. sagt dann noch weiter, er müsste für eine Delegation zur Generalversammlung danken, wenn er nur für 10 oder 15 Pf. Erhöhung, ohne Revision, stimmen sollte. Das könne er nicht verantworten.

Der verhängnisvolle Fehler, der auf der Saalfelder Generalversammlung gemacht wurde, liegt weniger an der unterlassenen Erhöhung des Beitrages, als an dem unveränderten Bestehenlassen der alten Unterstützungssätze für die Invaliden und Witwen, auch nach Ablauf der Wartezeit für die von 1903 ab unterstützungsberechtigt werdenden Mitglieder. Sowohl der Hinweis auf die praktischen Erfahrungen ähnlicher Invalidenkassen, als das Gutachten des Sachverständigen, konnte bei der Diskutierung der Frage eine andere Stimmung oder eine Nutzenanwendung erzeugen. Diejenigen, die es für geboten hielten, mit weitersehendem Blicke der zukünftigen Entwicklung nachzuforschen oder eine ungünstige Prognose über unsere Kassenverhältnisse sich erlaubten, sind verhöhnt worden und werden es bei den gleichen Erörterungen auch heute noch. Das erklärt sich durch die unklare Vorstellung über die Anforderungen, welche in der Folge an unsere Kassen herantraten und den denselben gegenüberstehenden Einnahmen.

Indessen hat die zunehmende Zahl der Invaliden und Witwen in der neuen Periode manchem Kritiker die Urteilskraft gestärkt, es ist doch eine Ernüchterung in der Ueberschätzung der Leistungsfähigkeit unserer Kassen eingetreten und man kommt zu dem Eingeständnis, wir haben uns arg verrechnet. Die Zahl der Invaliden, welche beim Uebergang in die neue Periode noch 46 betrug, vermehrte sich 1903 um 94 und bestand zumeist aus angesteuerten Mitgliedern, welche den Zeitpunkt der Anspruchsberechtigung schon abwarteten; also nur eine 10jährige Beitragsleistung aufzuweisen hatten. Natürlich können die Rentenansprüche auch für die nächste Folge keine höhere Beitragszeit aufweisen, denn die Ansprüche der alten Bundesmitglieder kommen fortan wenig in Betracht. Man glaubte, die Bewegung in der Zunahme der Rentenansprüche würde sich, nachdem der

erste Ansturm vorüber, wieder dem früheren Verhältnis nähern, die Tatsache, dass wir gegenwärtig bei 146 Invaliden und 86 Witwen angelangt, lehrt uns aber anders zu rechnen.

Untersucht man die wirklichen Ursachen dieser Erscheinungen, so kommt man zu dem Ergebnis, dass die wirtschaftlichen Verhältnisse es sind, welche die ungünstigen Wirkungen für unsere Kassen veranlassen. Der Existenzkampf der Arbeiter ist so aufreibend, so kräfteverzehrend, dass viele Arbeiter von chronischen Krankheiten befallen und schon im besten Mannesalter zur Ausübung ihres Berufes dauernd unfähig werden. Wir entnehmen den veröffentlichten Berichten der Landesversicherungsanstalten von Preussen und Sachsen, dass die Invalidenrentenanträge in den letzten Jahren stark zugenommen haben, sodass sich einige Scharfmacher in der bürgerlichen Presse wieder einmal mit den Schattenseiten der Sozialgesetzgebung beschäftigen und behaupten, dass ungeachtet der segensreichen Wirkung des Invalidengesetzes doch insofern die Volksmoral schädige, als es den Rentenschwindel grossziehe und Simulanten züchte.

Wir verwahren uns selbstverständlich gegen die Verdächtigung, unsere Invaliden für Simulanten und Rentenschwindler zu halten, müssen aber andererseits aus unserer praktischen Erfahrung als Kassenverwalter zugestehen, dass das Recht auf Anspruch einer doppelten und dreifachen, ja einer vierfachen Rente, wenn auch bei geringen Beträgen es manchen Dauerkranken oder Halbinvaliden nahe legen, bei der Versicherungsanstalt den Antrag um Gewährung der Invalidenrente zu stellen, dem auch stets die Genehmigung erteilt wird, sobald die Arbeitsunfähigkeit über 26 Wochen gedauert hat.

Im selben Verhältnis, wie dort die Rentenansprüche zunehmen, steigern sich auch die Anforderungen an unsere Invalidenkassen. Ein Umstand, der bisher noch nicht in Rücksicht gezogen werden konnte, weil uns das Tatsachenmaterial und die Erfahrung fehlte. Als wir unsere Invalidenkassen gründeten, dachten wir nur daran, unseren Mitgliedern im Alter oder bei Unglücksfällen eine Unterstützung gewähren zu können, wir dachten nicht daran, dass der Kampf um die Lebenshaltung in unserem Berufe so viel Opfer erfordern würde, dass viele Mitglieder schon in den mittleren Jahren als Krankrentner in die Reihen der Invaliden übernommen werden müssten.

Mit diesen Ausführungen wollten wir zeigen, dass die Steuerschraube, die doch auch einmal ein Ziel haben muss, uns allein nicht über die Kalamität hinweghelfen kann, und wir notgedrungen auch gleichzeitig zur Revision der Rentensätze, gemäss der Mitgliedschaftszeit, schreiten müssen. Es ist eine Notwendigkeit einerseits, uns über die wirkliche Leistungsfähigkeit unserer Kassen, andererseits uns über die Grenze der Zahlungsmöglichkeit der Mitglieder klar zu werden, um weitere Irrfahrten zu vermeiden und mit Zielsicherheit den richtigen Weg zur ruhigen Entwicklung des Bundes finden zu können. Chrn.

Die Lehrlingsfrage.

(Fortsetzung.)

Schliesslich mag noch folgende Bemerkung aus dem badischen Berichte hier wiedergegeben werden: »Eine Hauptstätte der Lehrlingszücherei bleiben noch wie vor die kleinen Buchdruckereien, zumeist in industriearmen Gegenden des Landes, wo ein Fluktuiere der Arbeiterbevölkerung nicht stattfindet.«

Ein Lübecker Druckereibesitzer möchte die Lehrlinge nicht einmal abends in die Schule schicken, er beschwert sich unmutig, »dass es sehr lästig ist für den Zeitungsbetrieb, dass die Lehrlinge gerade zu der Zeit in die Fortbildungsschule geschickt werden müssen, wo sie bei den Expedierarbeiten, Bogenanlagen und dergl. am wenigsten zu entbehren sind. Um die hierdurch entstandene Schwierigkeit zu beseitigen, ist eine der hiesigen Druckereien gezwungen, sich eine teure Rotationsmaschine zuzulegen, welche jugendliche Hilfskräfte entbehren macht.« Da nun im letzten Jahresbericht der Gewerkekammer dieselbe Klage von der gleichen Stelle bereits laut geworden, sah sich die besagte Kammer veranlasst, zu dieser Frage Stellung zu nehmen, und zwar wie folgt:

»Dem gegenüber kann nur auf den unvergleichlichen Nutzen und volkswirtschaftlichen Gewinn hingewiesen werden, der aus dem Besuche gut geleiteter Fortbildungs- und Fachschulen seitens der Lehrlinge der Allgemeinheit erwächst. Der Lehrling ist durchaus in erster Linie um seiner Ausbildung willen beschäftigt. Eine gediegene berufliche und theoretische Erziehung der gewerblichen Jugend kommt aber dem Gewerbe in seiner Gesamtheit wieder zugute.«

Hier kann man sich wieder überzeugen, dass nur die Gewerkschaften die bessernde Hand anlegen können; die Unternehmer betrachten die Lehrlinge als Ausbeutungsobjekte, sie wollen sich Arbeitswillige erziehen, um sie bei jeder Gelegenheit gegen die Arbeiter auszuspielen, sich gewissermassen gegen Streiks sichern. Aber hier zeigt es sich schon, dass die Arbeiter und Unternehmer, auch wenn sie, veranlasst durch gleiche Interessen, ihren Bestimmungen allgemeine Geltung nicht verschaffen können; sie sind einfach nichttariftreuen Betrieben gegenüber oder solchen, die nur mit Lehrlingen arbeiten, machtlos und gezwungen, an die Staatsgewalt zu appellieren. Freilich petitionieren die Schmarotzer auch um die Freiheit der Ausbeutung, doch kann es dem Reichskanzler nicht schwer werden, zu entscheiden. Man sieht, auch der wirtschaftlichen Vereinigung sind Schranken gesetzt, ihr Gebiet begrenzt. Nun kommen wir noch zu den Staatswerkstätten, und dieses Gebiet spielt auch schon wieder zum Teil in die Politik hinein, kann von den Gewerkschaften allein nicht gelöst werden, trotzdem es ziemlich einfach ist.

Wenn gefragt wird: was sollen die Väter mit ihren Söhnen machen, wo sie unterbringen? so kann ich die Berechtigung dieser Frage wohl verstehen; es ist die Sorge um die Zukunft der Kinder, die das Vaterherz drückt, die Not, eine passende Erwerbsmöglichkeit zu finden, aber, aus dieser Notlage heraus, für die Gewerkschaften ein Verbot, einschränkende Bestimmungen zu erlassen herzuileiten, halte ich denn doch etwas für zu gewagt. Ja, die Sache hätte noch einen Sinn, wenn dadurch irgend was gebessert werden könnte; aber dies geschieht nicht: weder wird die Reservearmee gemindert, noch den Lehrlingen für später eine Existenz gesichert; aber jeder Vater glaubt, in seinem Sohn an einem Uebermenschen der sein Fortkommen finden wird, ihm wird es gelingen, es ist jetzt überall Ueberfluss an Kräften vorhanden sagt er sich und giebt ruhig seinen Sohn dort in die Lehre, wo schon 17 und 19 Lehrlinge bei 2 Gehilfen stehen. Augenblicklich wird noch etwas verdient, das zieht, später, nun ja, ich kann nichts dafür, wenns anders kommt, die andern thun's auch. Und der Unternehmer, ihm kann es recht sein, ist die Lehre vorbei, wird eben Platz gemacht für die andern, die sich nachdrängen; er macht sich wenig Sorge, blüht doch sein Weizen dabei — vorläufig! Der Schaden, den solche Zustände den Gewerkschaften, ja dem ganzen Gewerbe zufügen, ist ungeheuer; kann doch von einer fach- und sachgemässen Ausbildung keine Rede sein, viel weniger von einer Aussicht auf Arbeit und Verdienst, wenn jeder Lehrlinge züchten und am ersten Gehilfentage auf die Strasse setzen kann. Das Heer der Arbeitslosen drückt bald furchtbar auf die Löhne, die Summe der Arbeitslosenunterstützung wird, trotz minimaler Leistung, immer grösser und ist kaum zu erschwigen. Was nützt der Verband? Was nützen alle Streiks und Lohnbewegungen? Alle Erfolge werden durch die Reservearmee, welche die Lehrlinge stellen, in Frage gestellt. Arbeit um jeden Preis! ist die Losung, auch als Streikbrecher, ist ganz einzerlei und um es bequem zu haben, lässt man sich ausschliessen oder tritt dem Verbands gar nicht erst bei. Unter solchen Verhältnissen ist jeder Groschen unnütz geopfert, abgesehen von den vielen, die umsatteln müssen, nachdem sie alles Elend einer dauernden Arbeitslosigkeit durchgekostet haben, wo die Eltern vielleicht auf Hilfe und Stütze gerechnet haben, müssen sie selbst noch sorgen. Das Schauspiel hat sich schon oft wiederholt. Sind in einem Berufe die Zustände einigermassen erträglich, der Verdienst infolge Lohnbewegung befriedigend, so entsteht ein Wettrennen um die Lehrlingsstellen, oder giebt einer 50 Pf. Kostgeld mehr, so ist der Andrang gross und bald ist alle Herrlichkeit verschwunden, liegt man im Sand, hat das Gegenteil von dem, was man erreichen wollte, erreicht: Not, Arbeitslosigkeit! Die Arbeitsbedingungen, die vor 3 und 4 Jahren günstig waren, konnten sich nicht halten, weil Nachfrage und Angebot ausser allen Verhältnis steht. Die Reservearmee erzeugt eben der Kapitalismus, unsere heutige Wirtschaftsform, man kann sie durch die vorgeschlagenen Verhältnisse nicht aus der Welt schaffen; sie ist nicht durch die Gewerkschaftsbewegung zu beseitigen und damit fällt jeder Einwand in sich zusammen. Daraus folgt wieder der Schluss, dass die Gewerkschaften nur durch die Beschränkung der Lehrlingszücherei zu geordneten Verhältnissen gelangen können, zu Faktoren, die auf den Gang der Produktion entscheidenden Einfluss auszuüben in der Lage sind. Können sie den Punkt nicht durchführen, oder wollen es nicht, so sinken sie zu bedeutungslosen Unterstützungsvereinen herab, die aus dem ewigen Dalles nicht herauskommen. Eine solche Taktik erinnert lebhaft an den Käfer, der immer auf den Helm klettert und immer wieder herunterfällt. Aber nicht nur die gewerblichen Arbeiter werden durch die Lehrlings-

